

das gleichzeitige Wachsen von Weizen und Unkraut denken: „Statt Träumen von Idealzuständen nachzuhängen, werden wir unser Leben mit der Arbeit für die Jugend verbringen.“

Die Kirche bietet ein ambivalentes Erscheinungsbild

Bei aller Stagnation und einem noch lange nicht überwundenen Verharren in Vorstellungen, die sich eher an der Vergangenheit als an der Zukunft orientieren, machen sich in der Kirche Ungarns zunehmend Kräfte bemerkbar, die sich der Erneuerung im Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils verschreiben. Weihbischof Várszegi, einer der hervorragendsten Protagonisten dieser Kräfte, will dabei von einer Abstempelung der Katholiken als konservativ und liberal, fundamentalistisch und progressiv nichts wissen. Mit diesen Begriffen sei der Realität nicht beizukommen. Die ungarische Kirche müsse sich dem Pluralismus öffnen, wobei Pluralismus in der Kirche bedeute, „daß wir uns auf manigfachen Wegen Christus annähern können“. Diese unterschiedlichen Wege gelte es zu akzeptieren. Die Zukunft der ungarischen Kirche könne nur gesichert werden, „wenn wir alle positiven schöpferischen Kräfte der Reevangelisierung und unserer eigenen Reevangelisierung integrieren können“.

Unter jenen Kräften, die sich für die Erneuerung der Kirche Ungarns im Geist des Konzils einsetzen, spielt der oben erwähnte „Konzilskreis“ eine wichtige Rolle. Bischof Várszegi stand bei seiner Gründung Pate. Inzwischen hat er sich zwar aus dem Kreis zurückgezogen (möglicherweise gedrängt von

Bischöfsskollegen), doch machte er deutlich, daß er die Motivationen und Zielsetzungen des Kreises für konzilsgemäß, kirchenloyal und höchst angebracht hält. Bei einem Treffen des „Konzilskreises“ in Budapest vertrat *János Aszalos* vor rund 200 Katholiken aus ganz Ungarn in einem Referat über die Kirche der Zukunft die Ansicht, daß nur eine gemeinschaftliche Kirche eine Chance haben werde. Eine Kirche sei gefragt, die nicht ständig mit moralisierenden Urteilen bei der Hand sei, sondern die es lerne, zu verstehen. Die Kirche der Zukunft werde nur den Gott der Liebe bekennen und nicht einen „nationalistischen Gott“ oder einen „Gott der ungarischen Vergangenheit“. In der Kirche der Zukunft würden mündige Christen – Priester wie Laien – eine Gemeinschaft bilden, in der Subsidiarität in der Aufteilung der Kompetenzen anerkannt wird und auch unterschiedliche politische Ausrichtungen ihrer Mitglieder akzeptiert werden.

So bietet die ungarische Kirche heute ein ambivalentes Erscheinungsbild. Die Erneuerung im Geist des Konzils stößt auf vielfältige Hemmnisse und Widerstände. Doch gleichzeitig gibt es hoffnungsvolle und zukunftsweisende Entwicklungen, die in diesem Maße in anderen Reformstaaten noch kaum in Gang gekommen sind. Daß die Diskussionen über Unzulänglichkeiten und Versäumnisse der Ortskirche und über den von ihr einzuschlagenden Weg öffentlich, freimütig und mit großem Engagement geführt werden, spricht für die Kirche Ungarns. Bischof Várszegi verglich sie mit einem demolierten Haus, unter dem jedoch eine Quelle mit frischem Wasser strömt. Es gelte, so meint der Erzabt von Pannonhalma, den Trümmerhaufen wegzuräumen, aber gleichzeitig darauf zu achten, daß bei dieser schweren Arbeit die Quelle nicht zugeschüttet werde.

Peter Musyl

Kurzinformationen

Rat der EKD veröffentlicht Thesen zum Kirchenasyl

Zu der umstrittenen Praxis des sogenannten „Kirchenasyls“ hat Mitte September der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland unter dem Titel „Beistand ist nötig“ zehn Thesen veröffentlicht. Grundsätzlich heißt es darin, der Beistand für Bedrängte sei – biblisch begründet – Christenpflicht. Ziel des Beistandes sei es, für Zuflucht suchende Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, *nicht in der Kirche*, die Gewährung von Asyl zum

Schutz vor besonderer Bedrohung doch noch zu erwirken. Das Bemühen richte sich darauf, in konkreten Einzelfällen, in denen die staatliche Handhabung des geltenden Rechts diesem nicht gerecht zu werden scheine, eine Überprüfung der staatlichen Anordnung zu erwirken. Für solche Beistandshandlungen müsse im Rechtsstaat um seiner Vertrauenswürdigkeit willen Raum sein. Umgekehrt werden in den zehn Thesen aber auch die *Grenzen* solcher Beistandsgewährung genannt. Zuallererst wird die Eigenverantwortlichkeit der Schutzgewährenden betont: Wer bei seiner Hil-

fe für Bedrängte nach ernsthafter Prüfung der Sach- und Rechtslage aus Gewissensgründen gegen gesetzliche Verbote verstoße, müsse diese allein verantworten und die Folgen seines Handelns tragen. Die Kirche könne solche Entscheidungen weder anstelle der einzelnen Christen treffen noch zu ihnen aufrufen. Ausdrücklich warnt der Rat: Wer die Kirche oder eine bestimmte Gemeinde in den Rechtsbruch hineinziehen wolle, begründe damit Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner persönlichen Gewissensentscheidung. Darüber hinaus mahnt der Rat Kirchengemeinden und einzelne

Christen, die Voraussetzung für die Betreuung von Flüchtlingen sorgfältig zu prüfen und sie offen mit staatlichen Stellen und Verantwortlichen zu erörtern. Weder könnten Asylsuchende oder von Abschiebung bedrohte Menschen für eine Revision der Gesetzeslage instrumentalisiert werden, noch dürfe Abschiebung generell als unakzeptabel und unmoralisch bekämpft, noch die über Asylanträge und Aufenthaltsgesuchen Entscheidenden moralisch abgewertet und ausgegrenzt werden.

Die Grünen setzen sich für eine Trennung von Staat und Kirche ein

Mit einer rechtzeitig zum Bundestagswahlkampf erschienenen Publikation hat die Abgeordnetengruppe vom Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag erneut einen Vorstoß „Für eine gütliche Trennung von Staat und Kirche“ – so ihr Titel – unternommen. Die offenbar auf den evangelischen Theologen und Bundestagsabgeordneten *Wolfgang Ullmann* zurückgehende Veröffentlichung listet im wesentlichen kritisch die gerade auch im Zusammenhang mit der Übertragung auf die neuen Bundesländer diskutierten „res mixtae“ auf und setzt sich für deren Abschaffung bzw. Modifizierung ein: vom Gottesbezug im Grundgesetz bis zu Kirchensteuer, Staatsleistungen, Militärseelsorge, Theologische Fakultäten an den Universitäten, Religionsunterricht, Arbeitnehmerrechte im kirchlichen Dienst u. a. m. Gefordert wird u. a. die Kündigung der Konkordate und anderer Kirchenverträge. Den Regierungsparteien wirft man vor, es fehle ihnen „der Mut für eine Reformdiskussion“. Man wolle nicht wahrhaben, daß nach der Vereinigung „völlig veränderte Verhältnisse eingetreten sind“. Statt dessen betreibe man die „Übertragung aller westdeutschen Privilegien und Vergünstigungen der Kirchen auf die Ostländer.“ Die Charakterisierung der Kirchensteuer als „größtzigstes Alimentierungsverfah-

ren“ der Kirchen kennzeichnet den Duktus des Gesamtpapiers: An staatskirchenrechtlicher Genauigkeit in der Argumentation ist den Autoren nicht gelegen. In ersten Reaktionen distanzierte man sich von kirchlicher Seite aufs Entschiedenste von dem Papier: Der Leiter des Katholischen Büros der deutschen Bischöfe, Prälat *Paul Bocklet*, sprach von „altbekannten, längst ausdiskutierten Forderungen“.

Plädoyer der Bischofskonferenz für ökologisches Wirtschaften

Eine Analyse bestehender wirtschaftlicher wie politischer Steuerungsmechanismen und -institutionen bezüglich deren Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche der Umweltnutzung, auf Umweltzerstörung und -bewahrung sowie sozioethische Überlegungen zur gerechten Verteilung der Nutzung natürlicher Ressourcen unternimmt eine Studie der „Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz“, die unter dem Titel „Wirtschaft: global und ökologisch“ Ende August veröffentlicht wurde. Dabei stellen die Autoren einige umweltethischen „Leitkriterien“ auf. Die Gewährleistung gleicher Zugangschancen zur Nutzung der Natur, die Sicherung nachhaltiger Nutzung beim Verbrauch erneuerbarer Ressourcen, die Verantwortung für die nachfolgenden Generationen beim Verbrauch nichterneuerbarer Energien; die Neubewertung ökologischer Probleme und die tiefgreifende Umgestaltung des „Weltsystems“ unter der Perspektive einer weltweiten Pauperisierung. In einem zweiten Teil folgt ein ganzer Katalog notwendiger Veränderungen. Auf internationaler Ebene werden neue völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen zu Ressourcenverbrauch und Schadstoffbegrenzung gefordert; zur Umweltwächterin soll auch die neue Welthandelsorganisation werden. Mit Blick auf die Industrieländer wird neben der grundsätzlichen Forderung der

Studie nach einem ökologischen Umbau der Wirtschaft beispielsweise beklagt, die externen Kosten der Umweltnutzung seien bisher nur unzureichend internalisiert. Alle Möglichkeiten des Einsatzes regenerativer Energieformen müßten genutzt werden. Beim Verkehr müsse eine größere wirtschaftliche Attraktivität des Kollektivverkehrs durch Maßnahmen der Deregulierung und Privatisierung angestrebt werden. Der Individualverkehr sei finanziell stärker zu belasten. Vor allem aber dürften die Industrienationen ihre Umweltprobleme nicht auf die armen Länder abwälzen, vielmehr seien sie zum Wissenstransfers verpflichtet. Bezüglich der Entwicklungsländer verweisen die Wissenschaftler auf den engen Zusammenhang zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltschutz.

Kardinal Martini besorgt über die Entwicklung in Italien

Auffallend besorgt äußerte sich der Erzbischof von Mailand, Kardinal *Carlo M. Martini*, in einem Interview mit dem „Corriere della Sera“ (8.9.94) über die gegenwärtige politische Entwicklung in Italien, speziell über das Wiederaufleben rechtsnationaler und rechtsradikaler Kräfte. Einen „Wiederanstieg der Rechten“ gebe es zur Zeit, so der Kardinal, der in der italienischen Bischofskonferenz zur Zeit zwar kein Führungsamt bekleidet, aber als der theologisch, intellektuell und kirchenpolitisch herausragendste Kopf im Episkopat gilt, in verschiedenen Ländern. Aber Italien sei gegenwärtig eine Art politisches Labor, in dem sich Entwicklungen beschleunigen. Dort sehe man „mehr“. Ohne die von der Regierung Berlusconi aufgewertete neu- und postfaschistische Bewegung „Alleanza Nazionale“ und deren geistesverwandte Katholiken innerhalb der Lega Nord und Berlusconi's Forza Italia beim Namen zu nennen, wurde der Kardinal in diesem Punkt ungewohnt deutlich: Seiner Generation, die in ihrer Jugend den

Zusammenbruch der einschlägigen Regime erlebt habe, sei es bislang unvorstellbar gewesen, daß diese noch einmal als „positiver historischer Bezugspunkt“ herangezogen werden könnten. Daß das insgesamt negative Ergebnis von einst darüber in Vergessenheit gerate, bereite ihm Sorge, Martini erinnerte an Bonhoeffers „harte Zeiten“. Er hoffe, daß diese sich nicht wiederholten. Aber man gehe möglicherweise Prüfungen entgegen, die „mit Mut und Geduld und der Kraft des Widerstands“ zu bestehen seien. Es gelte wachsam zu sein, sonst könnten jene Zeiten wiederkommen. Auf die Frage, was sich unter den neuen politischen Mehrheiten und nach dem Ende des alten Parteiensystems politisch und moralisch geändert habe, antworte Martini: Er sehe auf gesellschaftlich-politischem Gebiet wenig Neues, außer neue Gesichter. Positiv beurteilte der Kardinal die veränderten Möglichkeiten politischen Wirkens für die Katholiken. Es gelte jetzt eine *neue Kreativität* zu entfalten, die nicht notwendigerweise an eine bestimmte Form politischer Einheit gebunden sei. Er habe aber den Eindruck, daß die neuen Möglichkeiten „bisher auch nicht hinreichend genutzt worden sind“. Doch hätten jetzt auch die Bischöfe Gelegenheit, die evangelischen Werte freier darzustellen, da sie nicht mehr befürchten müßten, ständig

von dieser oder jener Seite instrumentalisiert zu werden.

Der buddhistisch-christliche Dialog in Europa

Fünf Jahre nach der Europäischen Ökumenischen Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ luden das Lassalle-Haus Bad Schönbrunn (Kanton Zug, Schweiz) und das St. Katharinenwerk Basel vom 17. bis 22. Juli zu einem internationalen Symposium „Buddhisten und Christen für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Erde“ ein. Angeregt worden war dieses Symposium von der amerikanischen Gesellschaft für buddhistisch-christliche Studien (Society for Buddhist-Christian Studies), die *Niklaus Brantschen* vom Lassalle-Haus und *Pia Gyger* vom St. Katharinenwerk als Referenten und Referentin zur Vierten Internationalen Konferenz für buddhistisch-christlichen Dialog 1992 in Boston eingeladen hatte. Das Thema des Symposiums lehnte sich bewußt an die europäische Ökumenische Versammlung und die Weltkonvokation für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung 1990 in Seoul an, weil „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ den Einsatz nicht nur der christlichen Kirchen, sondern

aller Religionen verlangen; aus Rücksicht auf den buddhistischen Dialogpartner lautete das Symposium-Thema „Bewahrung der Erde“ statt „der Schöpfung“. Das Symposium beschränkte sich nicht auf eine intellektuelle Auseinandersetzung, sondern beinhaltete eine ausgewogene Mischung von Vorträgen, intellektueller Auseinandersetzung, Gebet, Meditation und prozeßorientiertem Arbeiten in Gruppen sowie einen Besuch in einem buddhistischen und in einem christlichen Kloster (Tibet-Institut Rikon und Abtei Einsiedeln). Teilgenommen haben deshalb Christen und Buddhisten aus Europa und Übersee, die sich im Bereich der Universität, der Spiritualität und der sozial-politischen Programme und Aktionen auf den Dialog zwischen Buddhismus und Christentum einlassen. In einem Vortrag wurde die Frage aufgegriffen, ob es eine *Gesellschaft für buddhistisch-christlichen Dialog in Europa* brauche. Die Meinungsäußerungen des Podiumsgesprächs ergaben ein klares Votum dafür, in den nächsten zwei Jahren die Gründung einer solchen Gesellschaft – im Unterschied zur amerikanischen soll sie sich nicht auf Studien beschränken – vorzubereiten. Damit soll ein Forum des Dialogs eingerichtet werden, in dem beide Seiten sowohl mit sich selber identisch bleiben wie sich verändern können.

Bücher

CLAUS KOCH, Ende der Natürlichkeit. Eine Streitschrift zu Biotechnik und Bio-Moral. Hanser Verlag, München – Wien 1994, 192 S., DM 29,80.

Claus Koch entläßt seinen Leser in schwindelnder Ratlosigkeit. Spannungsgeladen mit einer Vielzahl scheinbarer Doppelbotschaften läßt das Buch bis zum Schluß Zweifel of-

fen, an den eigentlichen Intentionen des Autors. Aufreizend nüchtern und distanziert beschreibt der Berliner Publizist eine scheinbar zwangsläufige, einer unbeirrbaren Zivilisationslogik folgenden Weiterentwicklung der bisherigen Errungenschaften der Biotechnologie. Ein Beispiel: Unausweichlich werden durch das bereits aufgestoßene Tor der pränatalen Dia-

gnostik die selektive Abtreibung, die pränatale Geschlechtsselektion, die Selektion schon vor der Nidation folgen. Zu der nüchtern beschriebenen Unausweichlichkeit will jedoch nicht der Sarkasmus passen, etwa wenn die Ektogenese begrüßt wird als Befreiung von einem Reproduktionsvorgang, der in seiner herkömmlichen Form nicht mehr dem erreichten Niveau unserer